

Evangelische Volkspartei der Schweiz (EVP)

Generalsekretariat

Nägelligasse 9

3000 Bern 7

Tel. 031 351 71 71

Fax 031 351 71 02

info@evppev.ch

www.evppev.ch

Bundesamt für Gesundheit

3003 Bern

30. September 2011

Änderung von Artikel 119 der Bundesverfassung sowie des Fortpflanzungsmedizingesetzes (Präimplantationsdiagnostik)

Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zur eingangs erwähnten Vorlage. Für die EVP hat sich die Ausgangslage seit der letzten Vernehmlassung zum selben Thema im 2009 nicht geändert. Sie lehnt die Präimplantationsdiagnostik (PID) aus ethischen Erwägungen ab und schlägt vor, auf die Vorlage ersatzlos zu verzichten. Insbesondere muss die Dreier-Regel aufrechterhalten und die Kryokonservierung verboten bleiben.

1. Würdigung des Anliegens

Die EVP anerkennt die schwierige Situation von Eltern, die wegen der Gefahr einer schweren Erbkrankheit und einem grossen Kinderwunsch in einem Dilemma sind. Sie ist sich zweitens bewusst, dass die heute geltende Regelung unsinnig anmuten kann, wonach ein Untersuch vor der Verpflanzung in den Mutterleib verboten (PID), nach der Verpflanzung mittels pränataler Diagnostik (PND) jedoch erlaubt ist.

2. Grundsätzliche Bemerkungen

Die EVP lehnt die Präimplantationsdiagnostik jedoch aus folgenden Gründen ab:

- **Schutz des Lebens:** Embryonen sind Menschen wie Geborene auch und als Individuum einzigartig. Ihre Würde ist unteilbar und ihr Leben verdient unbedingten Schutz.
- **Angriff auf die Schwächsten:** Die PID missachtet die Würde derer, die am schwächsten sind und am meisten des Schutzes bedürfen.

- **Machbarkeitswahn:** Nicht alles was wissenschaftlich machbar ist, ist ethisch auch vertretbar.
- **PID entscheidet über Leben und Tod:** Die Präimplantationsdiagnostik ist problematisch, weil sie eine Entscheidung herbeiführt, welches Leben lebenswert ist und welches nicht. Die überzähligen oder nicht für eine Verpflanzung in die Gebärmutter in Frage kommenden Embryonen werden vernichtet. Diese bewusste Tötung menschlichen Lebens widerspricht einer christlich inspirierten Ethik grundsätzlich.
- **Die PID erlaubt erstmals eine Tötung von Embryonen:** Die Einführung der PID in der vorgeschlagenen Form bedeutet einen schwerwiegenden Paradigmenwechsel: erstmals wird die Tötung von Embryonen ausserhalb des Mutterleibes erlaubt, während bisher nur in Ausnahmefällen nicht alle entwickelten Embryonen in die Gebärmutter verpflanzt werden mussten.
- **Die PID schwächt die Stellung von Behinderten:** Die PID ist ein eugenisches Verfahren, mit dem Entscheidungen über den Wert oder Unwert menschlichen Lebens salonfähig werden. Sie untergräbt die Anerkennung von kranken Menschen und solchen mit Behinderung, deren Situation durch die PID vermeidbar erscheint.
- **Die PID ist fehlerhaft:** Wie jedes Verfahren ist auch die PID mit Risiken verbunden. In 5% der Fälle kann der Embryo nicht weiterverwendet werden, in seltenen Fällen stirbt er infolge der Biopsie, seine Implantationsfähigkeit wird durch die Abspaltung von Zellen verringert und es ist generell ungeklärt, ob die Untersuchung weitere negative Auswirkungen auf die Entwicklung des Embryos haben könnte. Weiter kann nicht ausgeschlossen werden, dass ein gesunder Embryo verworfen oder aber ein kranker in die Gebärmutter eingepflanzt und in einem späteren Entwicklungsstadium aufgrund einer PND als erkrankt diagnostiziert und abgetrieben wird.
- **Eine Abtreibung nach PND rechtfertigt die PID nicht:** Die Möglichkeit der pränatalen Diagnose im Mutterleib, verbunden mit einem straflosen Schwangerschaftsabbruch, rechtfertigt die Einführung der PID nicht. Der bessere Schutz des Embryos im Reagenzglas darf nicht dem schlechteren Schutz des Fötus im Mutterleib angepasst werden.
- **Der Bund ist für die Gesetze in der Schweiz verantwortlich, nicht für jene im Ausland:** Von den Befürwortern wird ins Feld geführt, betroffene Paare würden heute die PID im Ausland durchführen lassen. Dieses Argument sticht nicht. In gleicher Weise könnte auch für die Selektion des Geschlechts geworben werden, die im Ausland teilweise erlaubt ist. Wir haben für unser Land unsere eigene Wertung und Verantwortung wahrzunehmen.
- **Das Volk hat dem Verbot der PID indirekt zugestimmt:** Das Verbot der PID im Fortpflanzungsmedizingesetz war seinerzeit ein wichtiges Argument für die Ablehnung der viel restriktiveren Initiative für eine menschenwürdige Fortpflanzung – auch für die EVP. Es ist unredlich, dieses Verbot nun fallen zu lassen.
- **Verschiebung der Grenzen führt zu neuen schwierigen Fragen:** Mit dem Verweis auf die schwierige Situation der Eltern und des medizinischen Fortschritts wird argumentiert, ein

Verbot der PID lasse sich nicht länger rechtfertigen. Mit der Verschiebung der zulässigen Grenzen stellen sich jedoch stets neue, schwierig zu beantwortende Fragestellungen, zum Beispiel, was mit den überzähligen Embryonen bei einer Aufhebung der Dreier-Regel passieren darf. Die EVP ist entschieden der Ansicht, dass es richtig ist, eine einmal als richtig erkannte Grenze beizubehalten, auch wenn sich das Umfeld und die Möglichkeiten ändern. Werden die Grenzen einmal verschoben, werden sie bald an einem nächsten „Nadelöhr“ als hinderlich empfunden werden und die Diskussion für eine neuerliche Verschiebung wird nicht lange auf sich warten lassen. Die EVP ist deshalb der Ansicht, dass die Grenze mit einem Verbot der PID an der richtigen Stelle gesetzt ist.

3. Bemerkungen zu den konkreten Bestimmungen

Problematisch erscheinen der EVP insbesondere die folgenden Bestimmungen:

- **Blanko-Check in der Verfassung:** Die Formulierung, dass nur so viele menschliche Eizellen ausserhalb des Körpers der Frau zu Embryonen entwickelt werden dürfen, „als für das Fortpflanzungsverfahren notwendig sind“ (heute: „als ihr sofort eingepflanzt werden können“) ist ein inakzeptabler Blanko-Check. Damit kommt die Verfassung ihrer Aufgabe, Leitplanken für das Zusammenleben zu definieren, gerade nicht nach. Wir wissen heute nicht, wie sich die Fortpflanzungsmedizin weiter entwickeln wird. Diese Bestimmung wäre aber ein Freipass für jedes neue Verfahren und jede neue Anwendung, beliebig viele Embryonen zu entwickeln, verbunden mit dem Risiko, dass nachher entsprechend viele Embryonen überzählig sind und getötet werden müssen.
- **Aufhebung der Dreierregel:** Für Fortpflanzungsverfahren mit PID soll neu eine Ausnahme von der Dreier-Regel gelten, so dass bei PID-Verfahren maximal acht (heute drei) Embryonen pro Behandlungszyklus entwickelt werden dürfen. Werden aber in einem Behandlungszyklus mehr Embryonen entwickelt, als der Frau unmittelbar eingepflanzt werden können, führt das unausweichlich zur Tötung menschlichen Lebens. Fällt die Dreierregel, wird letztlich immer eine bestimmte Anzahl von Embryonen als überzählig getötet werden müssen.
- **Zulassung der Kryokonservierung:** Neu sollen überzählige Embryonen für einen späteren Transfer konserviert werden dürfen. Die damit verbundenen Risiken für das Kind und seine Entwicklung (im Falle einer späteren Auftauung und Einpflanzung in die Gebärmutter) sind dabei völlig ungeklärt. Spätestens nach 10 Jahren müssen auch diese Embryonen vernichtet, sprich getötet werden.

4. Schlussbemerkungen und Fazit

Aus den oben dargelegten Gründen lehnt die EVP die PID ab und schlägt vor, auf die Vorlage ersatzlos zu verzichten. Die Dreier-Regel muss aufrechterhalten und die Kryokonservierung verboten bleiben.

Es gibt kein Recht auf „gesunde“ Kinder und es ist nicht an uns, über lebenswertes und nicht lebenswertes Leben zu entscheiden. Weder Eltern noch Ärzte sind fähig oder befugt, zu entscheiden, mit welchem Gendefekt oder mit welcher Behinderung ein Leben lebenswert ist oder nicht.

Langfristig kann mit der Einführung der PID der Druck auf Eltern, die sich entscheiden, einem behinderten Kind das Leben zu schenken, zunehmen und es ist zu befürchten, dass solche Eltern sowohl von der Gesellschaft wie vom Staat diskriminiert werden. Doch gerade behinderte Kinder zeigen uns immer wieder auf, was gelebte Lebensfreude eigentlich heisst.

Die heutigen Möglichkeiten in Medizin und Forschung haben zu einer Fülle ethischer Fragen geführt, die sich auch durch das ständige Verschieben oder Ausweiten der Grenzen nicht abschliessend beantworten lassen. Die EVP ist der Meinung dass die Grenze mit dem Verbot der PID an der richtigen Grenze gesetzt ist.

Die vorgeschlagene Reform würde eine Änderung der Verfassung bedingen. Sollte die bundesrätliche Linie in dieser Form eine Mehrheit finden, wird sich die EVP mit grossem Engagement für ein Nein einsetzen.

Herzlichen Dank für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und für Ihre wertvolle Arbeit.

Freundliche Grüsse

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)



Parteipräsident
Heiner Studer



Generalsekretär
Joel Blunier